

## V-IA1 Humanität und Klassenkampf

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 17.04.2024  
Tagesordnungspunkt: #8 verschiedene Anträge

1 Die migrationspolitische Debatte wurde über das letzte Jahr massiv verschärft.  
2 Dabei übernehmen zum einen Politiker\*innen von der Union bis zu den Grünen  
3 rechte Narrative und wirken auf Asylrechtsverschärfungen hin. Zum anderen wird  
4 als vermeintlich progressive Alternative immer häufiger eine Erzählung in die  
5 Öffentlichkeit getragen, die die Verwertbarkeit von Geflüchteten in den  
6 Vordergrund stellt. Es werde "keine Einwanderung in die Sozialsysteme geben,  
7 sondern in den Arbeitsmarkt", beteuerte Arbeitsminister Hubertus Heil in diesem  
8 Zusammenhang. Der Logik des Arbeitsministers und Gleichgesinnter nach, sind  
9 Geflüchtete nur dann erwünscht, wenn man sie ausbeuten kann. Diese Logik zeigt  
10 sich nicht zuletzt an der GEAS-Reform oder an Teilen des  
11 Fachkräfteeinwanderungsgesetzes. Diese rassistische Migrations- und Asylpolitik  
12 verurteilen wir deshalb nicht nur auf moralischer Ebene. Politische  
13 Entscheidungen, die sich in diese rassistischen Kontinuitäten einreihen, müssen  
14 als komplexe, vielfältige Klassenkonflikte eingeordnet werden.

### 15 **Wir lassen uns nicht spalten**

16 Dass die Ministerpräsident\*innen der Länder nun die Einführung von Asylverfahren  
17 in Drittstaaten fordern, reiht sich in diesen kontinuierlichen Kampf gegen uns,  
18 die 99% ein. Die Unterdrückung Geflüchteter in Drittländern mit schlechter  
19 Menschenrechtsbilanz ist bereits seit Jahren gängige EU-Politik, wie die  
20 Asylpakete mit der Türkei oder Libyen in der jüngeren Vergangenheit zeigten.  
21 Geflüchteten wird der Zugang und der Verbleib auf dem europäischen Festland so  
22 zunehmend erschwert. Die Auslagerung von Asylverfahren, wie es Großbritannien  
23 und Italien bereits vereinbart haben und welche nun deutsche Politiker\*innen  
24 fordern, stellt ein Konkurrenzdenken zwischen Geflüchteten und EU-Bürger\*innen  
25 in den Vordergrund. Während sie dies teilweise unter dem Deckmantel vermeintlich  
26 humanitärer Anliegen fordern, zeigen die Entwicklungen in der europäischen  
27 Migrations- und Asylpolitik der letzten Jahre eindeutig: Nicht Humanität ist das  
28 Ziel, sondern die Spaltung der außereuropäischen von der innereuropäischen  
29 Arbeiterklasse.

30 Der Klassenkampf gegen uns, die 99%, wird gleichzeitig an unterschiedlichen  
31 Schauplätzen intensiviert. Denn wenn Menschen hierzulande um die wenigen  
32 Kitaplätze konkurrieren und ein Geflüchteter dazu kommt, ist nicht der  
33 Geflüchtete Schuld, sondern die politisch geschaffene Knappheit der Kitaplätze.  
34 Die Schuld trägt eine Politik, die die soziale Frage nicht in unserem Interesse  
35 behandelt und dafür sorgt, dass das gute Leben für alle immer weiter aus unserer  
36 Reichweite gerät.

37 Wir stellen uns klar gegen eine Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten.  
38 Mit dieser Asylrechtsverschärfung würde erneut Unrecht in Recht gegossen werden.  
39 Stattdessen muss eine Politik für uns sichere Fluchtwege ermöglichen und vor Ort  
40 eine gute Daseinsvorsorge sowohl für die hier-geborene Familie als auch für die  
41 Familie auf der Flucht vor Krieg, Hunger und Verfolgung bieten.

## 42 Von der Ampel für die Konzerne

43 Während die Ampel entgegen unserer Interessen immer gefährlichere Fluchtwege  
 44 errichtet und an unserer Daseinsvorsorge kürzt, weitet sie die  
 45 Westbalkanregelung aus und führt kurzzeitige, kontingentierte Beschäftigung ein.  
 46 Die Bundesregierung maximiert mit diesen Maßnahmen die Ausbeutung von  
 47 Arbeitskräften aus dem Ausland. Ihre Rechte und Möglichkeiten, sich gegen  
 48 schlechte Arbeitsbedingungen oder Dumpinglöhne zu wehren und für bessere  
 49 Arbeitsbedingungen einzusetzen, werden dadurch weiter beschnitten. Durch kurze  
 50 Aufenthaltsdauern und eine fehlende Bleibeperspektive lassen migrantisierte  
 51 Menschen die prekären Bedingungen über sich ergehen. So dürfen Arbeiter\*innen im  
 52 Zuge der neuen Regelungen zum Teil nur gebunden an eine befristete Beschäftigung  
 53 und maximal acht Monate pro Jahr nach Deutschland kommen. Die Befristung macht  
 54 eine langfristige Organisation faktisch unmöglich, da jeder individuelle  
 55 Aufstand gegen die Bedingungen zur vorzeitigen Kündigung und damit auch zur  
 56 Abschiebung aus Deutschland führt.

57 Gesellschaftlich werden solche Praktiken immer wieder in zwei Schritten  
 58 legitimiert: Migrantisierte Menschen müssen besonders häufig in Jobs mit  
 59 niedrigem Lohn und schlechten Arbeitsbedingungen arbeiten. Rassistische Debatten  
 60 legitimieren diese realen Missstände, indem sie die prekären Bedingungen  
 61 fälschlicherweise der kulturellen Herkunft oder angeblichen biologischen  
 62 Unterschieden derjenigen, die in den Berufen arbeiten, zuschreiben. Dabei hat  
 63 dieser ausgesprochene Rassismus die Funktion für Profitinteressen weitere  
 64 Möglichkeiten zu schaffen, migrantisierte Menschen noch stärker auszubeute.

65 Für uns ist klar: Rassistische Erzählungen und die Profitlogik, der alles im  
 66 Kapitalismus unterworfen ist, gehen Hand in Hand und verursachen eine massive  
 67 Überausbeutung von Menschen, die in ihrer Heimat aus verschiedensten Gründen  
 68 keine Perspektive mehr haben. Dass einerseits ungewollte Geflüchtete in  
 69 Drittstaaten abgeschoben werden sollen und andererseits als verwertbar gesehene  
 70 Arbeitskräfte nach Deutschland einwandern sollen, entlarvt angeblich humanitäre  
 71 Interessen. Weg mit Gesetzen, die das in geltendes Recht gießen und her mit  
 72 einer Politik, die gute Arbeit für alle möglich macht - unabhängig von  
 73 Staatsbürgerschaft und Geburtsort!

74

75 Als GRÜNE JUGEND Niedersachsen kritisieren wir die systematische  
 76 Hierarchisierung und menschenfeindliche Ausgrenzung von migrantischen Teilen der  
 77 Arbeiter\*innenklasse. Deshalb fordern wir:

78 • Aufenthaltstitel dürfen nicht vom Arbeitsgeber abhängen - dauerhafte  
 79 Bleibeperspektiven jetzt!

80

81 Migrantische Arbeitskräfte mithilfe von zeitlich begrenzten  
 82 Aufenthaltstiteln in prekäre Arbeit zu zwingen hilft niemandem - außer den  
 83 Profitinteressen der Konzerne. Stattdessen braucht es von Arbeitgebern  
 84 unabhängige, sichere Bleibeperspektiven. Auch migrantisierte Menschen  
 85 müssen sich gegen schlechte Arbeitsbedingungen wehren können!

86 • Ob aus dem Balkan, Südamerika oder aus Salzgitter: Gute Arbeit für alle!

87

88 Einen Fachkräftemangel entschärft man nicht durch die Ausbeutung von

89 migrantisierten Menschen. Fachkräftemangel herrscht insbesondere dort, wo  
90 der Lohn niedrig und die Arbeitsbedingungen schlecht sind. Dagegen hilft:  
91 Leiharbeitsfirmen und undurchsichtige Subunternehmer-Konstrukte verbieten!  
92 In diesen Arbeitsverhältnissen sind wirksame Kontrollen von  
93 Arbeitnehmer\*innenrechten nahezu unmöglich. Sie dienen darüber hinaus  
94 Arbeitgeber\*innen dabei, die Löhne und Arbeitsbedingungen bei den direkt  
95 angestellten Kolleg\*innen zu drücken. Höchste Zeit, diese ausbeuterischen  
96 Schlupflöcher zu verbieten!

97 • Asylverfahren in Drittstaaten ohne uns!

98  
99 Asylrechtsverschärfungen, die das ohnehin prekäre Leben Geflüchteter  
100 verschlimmern, lösen keine Probleme in den Lebensrealitäten der Menschen  
101 vor Ort. Wir lassen uns nicht spalten. Wir fordern, dass Niedersachsen  
102 Forderungen nach Asylverfahren in Drittstaaten entschlossen ablehnt!

## Begründung

erfolgt mündlich